

# Die Demokratische Hochschule Das hochschulpolitische Konzept

DIE LINKE in Sachsen-Anhalt strebt bei der Landtagswahl 2011 Regierungsverantwortung an. Es wird darum gehen, die Landeskompetenzen im hochschulpolitischen Bereich so zu nutzen, dass in Sachsen-Anhalt die Voraussetzungen für eine exzellente und demokratische wissenschaftliche Bildungs- und Forschungslandschaft geschaffen werden.

Bestandsaufnahmen zum Zustand des deutschen Hochschulwesens deuten eklatante Defizite an. Zu viel Potential bleibt durch soziale Ausgrenzung im Bildungswesen ungenutzt, die Hochschulen sind nicht hinreichend ausgestattet, um allen, die es zum Studium schaffen, die Bedingungen für eine exzellente Ausbildung zu bieten.

**DIE LINKE lehnt landespolitische Entscheidungen ab, die dazu führen, an den Hochschulen**

- **die Grundlagenforschung zu vernachlässigen,**
- **von Forschung und Praxis losgelöste Lehre anzubieten,**
- **der »Verschulung« (bitte nicht als Diskriminierung von Schule missverstehen) des Studiums Vorschub zu leisten und**
- **die Bereitstellung ausreichender Kapazitäten für Masterstudiengänge einzuschränken.**

**Unter diesen Prämissen sieht DIE LINKE in Sachsen-Anhalt u.a. folgende Handlungsfelder:**

- **Bologna-Reform reformieren** – die **soziale Dimension** des Bologna-Prozesses darf kein Stiefkind bleiben, **Arbeitsüberlastungen der Studierenden, staatliche Bevormundungen** sowie der **Schmalspur-Bachelor** sind zu überwinden, es geht um die Schaffung und Stärkung von **Freiräumen in Lehre und Studium**, die einem breiten Anspruch an Bildung genügen; jeder Bachelorabsolventin und jedem Bachelorabsolventen soll der **Zugang zum Masterstudium** ist bei Wahrung der Gebührenfreiheit offen stehen, die **Studierbarkeit von Bachelor und Master** ist zu erhöhen, enge Lehrkorsetts engen den Horizont ein und beschränken die Freiheit des Studiums;
- **gleichen Zugang zu Bildung mit sozialer Öffnung der Hochschulen ermöglichen** – der Studienstandort Sachsen-Anhalt bedarf der **Verbreiterung der Zugänge** zu den Hochschulen; **Studiengebühren** stehen einem gerechten Bildungszugang entgegen und werden abgelehnt; die Struktur von Studium und Lehre ist dahingehend zu überprüfen, inwieweit sie der **Vielfalt der Lebensentwürfe** Rechnung trägt; unverzichtbar sind andere **Formen des Hochschulzuges**, Quereinstieg muss auch ohne die allgemeine Hochschulreife möglich werden; die **Studienbedingungen** sind weiter zu verbessern, die **Bundesausbildungsförderung** BAföG ist ebenso zu stärken wie die **Studentenwerke** in ihrem Wirken für ein leistungsfähiges und sozial ausgestattetes Studenumfeld; Beförderung des **lebenslangen Lernens** und attraktive **Weiterbildungsangebote** gehören zu den Grundaufgaben der Hochschulen;
- **mit autonomen und demokratisch verfassten Hochschulen mehr Demokratie wagen** – es gilt, die Hochschule zu einer **offenen, demokratischen wissenschaftlichen Gesellschaft** mit einer klaren **Aufgabenverteilung** zwischen den Hochschulgremien zu entwickeln; **Hochschulautonomie** ist in verantwortungsvoller Partnerschaft zwischen Land und Hochschulen auszubauen, dabei erfüllen Hochschulen als staatliche Einrichtungen einen öffentlichen Auftrag, der Staat steht in der Finanzierungsverantwortung; die rechtliche Stellung der **verfassten Studierendenschaften** ist bei angemessener Grundfinanzierung durch das Land zu wahren; **Zielvereinbarungen** bedürfen als Instrument der staatlichen Steuerung autonomer Hochschulen der weiteren Ausgestaltung, es geht um demokratische Beteiligungsmechanismen auf beiden Seiten, es geht um die Setzung von Schwerpunkten für Forschung und Entwicklung im öffentlichen Interesse; Ziel bleibt die **Durchsetzung paritätischer Mitbestimmungsrechte** für alle Statusgruppen; Instrumente wirksamer **Gleichstellungs- und Geschlechterpolitik** sind weiter zu schärfen und zu entwickeln;

- **moderne, demokratische Wissenschaft an den Bedürfnissen von Gegenwart und Zukunft ausrichten** – Grundprinzip bleibt die **Einheit von Forschung und Lehre** als Garant für eine hohe Qualität des **wissenschaftlichen Nachwuchses**, seine Förderung ist eine wesentliche Aufgabe der Hochschule; alle Beschäftigungsverhältnisse an den Hochschulen sind **tarifvertraglich** abzusichern, für die Stärkung des **wissenschaftlichen Mittelbaus** sind ausreichend reguläre Stellen zu schaffen; das **hierarchische Lehrstuhlprinzip** ist durch zunehmend interdisziplinäre Forschergruppen unter Einbeziehung des Mittelbaus zu überwinden; notwendig ist eine gesunde Balance zwischen anwendungsorientierter und Grundlagenforschung; wichtiges Ziel ist die Stärkung der **Rolle der Fachhochschulen**, sie sollen das **Promotionsrecht** erhalten;
- **Hochschulen zu Innovations- und Demokratiezentren entwickeln** – Innovation und Wissenstransfer sind bei Wahrung der Freiheit der Wissenschaft von wirtschaftlichen Zwängen auszubauen, die **gleichberechtigte Partnerschaft zwischen Hochschule und Wirtschaft** im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung ist zu fördern; dem Potential für Emanzipation, Demokratie und kulturellen Fortschritt sollte auch mit der Erprobung eines **Studium generale** Rechnung getragen werden; angesichts vieler krisenhafter Entwicklungen ist das kritische Potential der Wissenschaft mit dem Ziel zu stärken, Risiken zu erforschen und produktive, gemeinwohlorientierte Lösungen zu entwickeln; der internationale Austausch von Studierenden und ForscherInnen ist zu fördern.

Die Hochschulen können und müssen eine wichtige Rolle bei der Zurückdrängung des **Rechtsextremismus** übernehmen. Das erfordert Zivilcourage und entschiedenes Eintreten aller Hochschulangehörigen ebenso, wie die wissenschaftliche und gesellschaftliche Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus in Kooperation mit anderen Trägern politischer Bildungsarbeit. Unumgänglich bleibt die historische Aufarbeitung der Rolle der Hochschulen und ihrer Angehörigen in der Zeit des Nationalsozialismus.

Für DIE LINKE ist die **Schaffung von offenen, international ausgerichteten Hochschulen mit einem umfassenden Bildungsideal und Wissenschaftsverständnis** eine wichtige Voraussetzung, um dem Um-sich-Greifen rassistischen, nationalistischen und menschen- und demokratieverachtenden Gedankengutes begegnen zu können. Schweigen und Ignorieren sind keine Mittel gegen den Rechtsextremismus, es bedarf des breiten Engagements von Politik, Bürgerschaft und Wissenschaft.

*Magdeburg, im Februar 2011*